

04/2022

fdplus

EIN JAHR FDP IN DER BUNDESREGIERUNG

FREIHEIT & FORTSCHRITT

IN ZEITEN DER

KRISE

**REGIERUNGS-
VERANTWORTUNG**

Wir stehen für Freiheit
und Fortschritt

MODERNISIERUNG

Das Geschäftsmodell
Deutschlands erneuern

**ABGEORDNETENHAUS-
WAHL**

Für ein unkompliziertes Berlin,
das einfach funktioniert



**FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG** Für die Freiheit.

**MACH MEHR
AUS DEINEM
ENGAGEMENT!**



Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit bietet viele kostenlose Bildungsangebote, damit Du bei Deinem politischen oder gesellschaftlichen Engagement noch wirksamer sein kannst. Entdecke jetzt die vielfältigen Formate von Talks, Workshops und Seminaren bis zu Publikationen.



EDITORIAL

FREIHEIT UND FORTSCHRITT IN ZEITEN DER KRISE EIN JAHR FDP IN DER BUNDESREGIERUNG



Marie-Christine Götz
Leiterin Kommunikation &
Kampagne der FDP-Bundesgeschäftsstelle

Liebe Leserinnen und Leser,
am 24. November 2021 haben die Freien Demokraten mit SPD und Grünen den gemeinsamen Koalitionsvertrag „Mehr Fortschritt wagen“ unterzeichnet. Am 8. Dezember wurde die neue Regierung vereidigt. Nur wenige Wochen später, am 24. Februar 2022, griff Russland die Ukraine an. Der völkerrechtswidrige Krieg hat die Welt grundlegend verändert, in Deutschland markiert er eine Zeitenwende. Neben dem großen menschlichen Leid, insbesondere in der ukrainischen Bevölkerung, und den erschütterten internationalen Beziehungen ist das deutsche Geschäftsmodell nach Jahren der Prosperität an seine Grenzen geraten. In diesen Zeiten von Krieg, Energiekrise, Inflation und drohender Rezession haben wir Freie Demokraten Verantwortung übernommen. Wir haben mit Entschlossenheit reagiert, um unser Land vor Armut und Deindustrialisierung zu schützen. Gleichzeitig treiben wir die großen Modernisierungsprojekte mit umso höherer Dringlichkeit voran. Dieses Heft zieht Bilanz über ein Jahr FDP in der Bundesregierung. Zugleich gibt es einen Ausblick darauf, wie wir die Erneuerung Deutschlands auch im kommenden Jahr anpacken, um Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand zu sichern.

In 2023 stehen uns Freien Demokraten zudem vier Landtagswahlen bevor. Den Anfang macht Berlin – nachdem das Berliner Verfassungsgericht die Abgeordnetenhauswahl vom September 2021 wegen eines beispiellosen Organisationsversagens des Berliner Senats für nichtig erklärt hat. Spitzenkandidat Sebastian Czaja begründet in diesem Heft, warum er die Wahlwiederholung als Chance sieht und was er für Berlin erreichen will. Im Herbst 2023 wird auch in Hessen ein neuer Landtag gewählt. Lernen Sie den Spitzenkandidaten Dr. Stefan Naas und seine Wahlziele im Doppel-Interview mit Bettina Stark-Watzinger kennen.

Die Zeiten bleiben herausfordernd. In dieser letzten Ausgabe des Jahres wünsche ich uns allen Optimismus, Mut und Offenheit für das kommende Jahr. Und zunächst natürlich einen ruhigen Advent und ein frohes, ermutigendes Weihnachtsfest. Kommen Sie gut durch die Zeit und in das neue Jahr!

Ihre

Marie-Christine Götz

05 MELDUNGEN

06 FREIHEIT UND FORTSCHRITT IN ZEITEN DER KRISE – EIN JAHR FDP IN DER BUNDESREGIERUNG

Die Welt hat sich seit der Regierungsbildung vor einem Jahr grundlegend verändert. Wir Freie Demokraten reagieren mit Entschlossenheit auf die aktuellen Krisen.

09 EIN TICKET FÜR ALLE: DAS DEUTSCHLANDTICKET KOMMT!

Mit dem neuen Ticket denken wir Mobilität neu und leisten einen Beitrag zur Klimaneutralität.

10 WIR LEITEN DIE STANDORT-POLITISCHE ZEITENWENDE EIN

Deutschlands Geschäftsmodell muss erneuert werden. Nur so können wir unseren Wohlstand sichern.

12 ABWEHRSCHIRM GEGEN PUTINS ENERGIEKRIEG

Fünf Antworten auf die Energiekrise.

14 DEUTSCHLANDS ARBEITSMARKT FIT FÜR DIE ZUKUNFT MACHEN

Was der Arbeits- und Fachkräftemangel für Unternehmen und Erwerbstätige bedeutet.

16 ALLES ODER NICHTS – WIRD DER TRAUM VON EINEM FREIEN IRAN WIRKLICHKEIT?

Vor allem den Frauen im Iran ist es zu verdanken, dass sich die Bevölkerung gegen das Regime auflehnt. Deutschland und Europa brauchen eine neue Strategie.

17 WÄHLEN WIR NEU

Die Wahlwiederholung in Berlin im Februar 2023 ist eine Chance für die Hauptstadt.

18 WAHLKAMPF IST WIE EIN ESPRESSO

Nächstes Jahr wird in Hessen ein neuer Landtag gewählt. Bettina Stark-Watzinger und Dr. Stefan Naas erzählen im Interview, worauf sie sich dabei freuen.

19 BASISANTRÄGE ZUM 74. ORD. BUNDESPARTEITAG

20 VIELFALT IST BEI UNS PROGRAMM

In unseren liberalen Verbänden können sich Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen austauschen.

22 „DIE ZUKUNFT IST WEIBLICH!“

Beim Female Future Forum diskutierten Expertinnen und Gäste u. a. über Gründungskultur und Außenpolitik.

MELDUNGEN



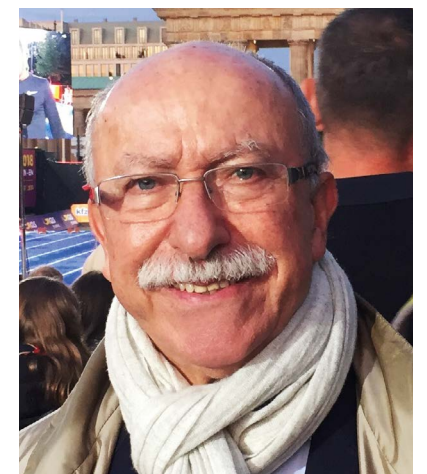
Foto: Frank Nürnberger

01 VERLEIHUNG DER STADLER-MEDAILLE DURCH DR. MARCO BUSCHMANN AN SABINE LEUTHEUSSER-SCHNARRENBERGER

Mit der Max-Stadler-Medaille werden Persönlichkeiten geehrt, die sich in herausragender Weise für den liberalen Rechtsstaat eingesetzt haben. Erste Preisträgerin ist Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, ehemalige Bundesjustizministerin und stellvertretende Vorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. In seiner Laudatio würdigte FDP-Präsidiumsmitglied und Bundesjustizminister Marco Buschmann Leutheusser-Schnarrenberger als Vorbild: „Sabine Leutheusser-Schnarrenberger ist für mich persönlich seit den frühen 90er Jahren eine liberale Orientierung, ein Leuchtfeuer rechtlich gesicherter Freiheit. Sie hat sich in all ihren Funktionen als leidenschaftliche Verteidigerin der individuellen Freiheit erwiesen. Nicht nur mit ihren beeindruckenden Kämpfen gegen den großen Lauschangriff oder gegen die Vorratsdatenspeicherung.“

02 80. GEBURTSTAG: HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH, DETLEF PARR!

Seit fünfzig Jahren engagiert sich Detlef Parr bei den Freien Demokraten. In dieser Zeit war er unter anderem Ratsmitglied und FDP-Fraktionsvorsitzender in Heiligenhaus, Kreistagsabgeordneter in Mettmann, Referent der FDP-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen und Bundestagsabgeordneter. Heute ist er Vorsitzender der Liberalen Senioren. Seine Steckenpferde sind die Sport- und Gesundheitspolitik. Parr war fast ein Jahrzehnt Vizepräsident der Special Olympics Deutschland und als 400-Meter-Läufer aktiv. Sein Engagement für die Freiheit ist geprägt von einer integrativen Art, viel Empathie, Optimismus und großer Ausdauer. Im September feierte Parr seinen 80. Geburtstag. Wir bedanken uns für seinen Einsatz und gratulieren sehr herzlich!



03 NICOLA BEER REIST IN DIE UKRAINE

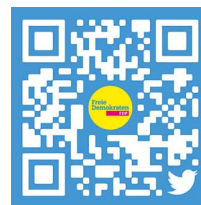
Die stellvertretende Bundesvorsitzende der FDP und Vizepräsidentin des EU-Parlaments Nicola Beer ist zusammen mit weiteren europäischen Politikerinnen in die Ukraine gereist. Der Delegation war es wichtig, besonders Frauen ihre Unterstützung zu zeigen. Beer betonte: „Gerade auch weil wir sehen, wie ukrainische Frauen mit ihrem Mut und ihrer Ausdauer diesen Kampf mit Erfolg vorantreiben.“ Das treffe sowohl auf Frauen in der Armee als auch an anderen Orten wie den Krankenhäusern zu. „Ohne diese Frauen kann der Kampf für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat nicht erfolgreich sein.“ Im Rahmen der Reise wurden auch weitere Hilfsmaßnahmen aus Deutschland und Europa angekündigt.



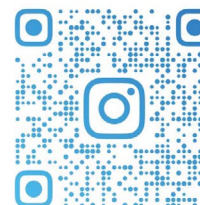
/FDP



/FDP



@fdp



@fdp

Herausgeber: FDP-Bundespartei | Chefredakteurin: Marie-Christine Götz | CvD: Caroline Hentschel | Redaktion: Petra Horstick, Kathrin Mendorf, Anders Mertzluft, Wulf Oehme | Anschrift: Hans-Dietrich-Genscher-Haus, Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin, E-Mail: cvd@fdplus.de | Verlag, Gestaltung und Gesamtherstellung: Universum Kommunikation und Medien AG, Reinhardtstraße 16, 10117 Berlin | Anzeigen: info@fdplus.de | Die fdplus erscheint viermal im Jahr und wird für die FDP-Mitglieder im Rahmen der Mitgliedschaft ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises geliefert. Jahresbezugspreis sonst 20 Euro inkl. MwSt. und Versand | Redaktionsschluss: 7. Dezember 2022.





Foto: iStock/AleksandarNakic, Mircea Moira/Shutterstock.com, iStock/ vorDa

FREIHEIT UND FORTSCHRITT IN ZEITEN DER KRISE EIN JAHR FDP IN DER BUNDESREGIERUNG

Wir Freie Demokraten haben in schwierigen Zeiten Verantwortung übernommen. In der Regierungskoalition sind wir die Stimme der Mitte. Gleichzeitig ist es Aufgabe und Anspruch der FDP in der Bundesregierung, Deutschland endlich moderner, stärker und freier zu machen.



Christian Lindner
FDP-Bundesvorsitzender &
Bundesminister der Finanzen

Seit dem Antritt der Bundesregierung vor einem Jahr hat sich die Welt um uns herum grundlegend verändert. Auch unser Land steht vor großen Herausforderungen. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, die Energiekrise und die Inflation stellen alte Gewissheiten in Frage und erfordern neue Antworten. Das Geschäftsmodell Deutschland muss für die Zukunft neu gedacht und überarbeitet werden. Neben der Bekämpfung der Krisenfolgen müssen wir unsere Freiheit verteidigen, Modernisierung vorantreiben und das Aufstiegsversprechen wieder mit Leben füllen. Wir Freie Demokraten stellen uns in der Bundesregierung diesen Herausforderungen und haben bereits viele liberale Projekte umgesetzt oder auf den Weg gebracht.

FREIHEIT VERTEIDIGEN, UNABHÄNGIGKEIT STÄRKEN

Die aktuellen Krisen haben eine Zeitenwende eingeleitet. Uns allen wurde vor Augen geführt, dass wir unsere freiheitliche Lebensweise stärker denn je verteidigen müssen. Das Sondervermögen für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro war daher ein wichtiger und notwendiger Schritt. Aber auch unsere Wirtschaft und unsere Energieversorgung müssen in diesen Zeiten stärker auf eigenen Beinen stehen und unabhängiger von autokratischen Staaten werden. Wir beschleunigen daher insbesondere Planungs- und Genehmigungsverfahren. Das neu entstandene LNG-Terminal in Wilhelmshaven ist



Foto: iStock/MSLightBox

→ Erstes LNG-Terminal in Rekordzeit fertiggestellt

der Beweis, dass Deutschland schnell und unkompliziert neue Projekte umsetzen kann. Dies muss eine Blaupause für den Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie von Schienen, Straßen und der digitalen Infrastruktur sein.

Darüber hinaus haben wir uns für eine technologieoffene und ideologiefreie Energiepolitik stark gemacht. Das Ergebnis: Die drei noch verfügbaren Kernkraftwerke bleiben bis April 2023 am Netz, um möglichen Engpässen und steigenden Energiepreisen entgegenzuwirken. Unsere Stärke als Exportnation beruht zudem auf freiem Handel mit unseren Wertepartnern in der Welt. Wir haben erreicht, dass das Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) nun endlich vom Bundestag ratifiziert wurde.

KRISE BEKÄMPFEN, MENSCHEN UND UNTERNEHMEN ENTLASTEN

Das alltägliche Leben ist für die Menschen spürbar teurer geworden – Preise für Lebensmittel und Energie



Foto: iStock/dusanpetkovic

→ Die drei Entlastungspakete und der Abwehrschirm entlasten Menschen und Unternehmen

sind enorm gestiegen. Auch viele Unternehmen stehen vor großen Herausforderungen. Die Bundesregierung hat in der Krise Entschlossenheit bewiesen: Mit drei Entlastungspaketen in einem Gesamtvolumen von rund 95 Milliarden Euro und einem Abwehrschirm von bis zu 200 Milliarden Euro werden die steigenden Energie- und Lebenskosten für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen abgedeckt.

Mit dem vom Bundesfinanzministerium vorgelegten Inflationsausgleichsgesetz entlasten wir die arbeitende Mitte. Denn Inflationsgewinne des Staates bei der Einkommensteuer werden an die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zurückgegeben. 48 Millionen Menschen werden davon profitieren. Familien unterstützen wir gezielt, indem wir das Kindergeld einheitlich auf 250 Euro pro Kind und Monat erhöhen und den Kinderfreibetrag anheben. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Rentnerinnen und Rentner profitieren außerdem von der Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro. Studierenden greifen wir mit einer Einmalzahlung von 200 Euro unter die Arme. Mit dem Deutschlandticket sorgt



Foto: iStock/AleksandarNakic

→ Steuerentlastung durch Abbau der kalten Progression

Bundesverkehrsminister Dr. Volker Wissing zudem für ein günstiges, deutschlandweit gültiges und digitales ÖPNV-Ticket.

Trotz weitgehender Entlastungen sorgen wir durch die Einhaltung der Schuldenbremse für das Jahr 2023 für solide und generationengerechte Finanzen.

FORTSCHRITT VORANTREIBEN, DEUTSCHLAND MODERNISIEREN

Wenn wir jetzt die richtigen Weichen stellen, kann unser Land gestärkt aus der Krise hervorgehen: moderner,

digitaler, innovativer und nachhaltiger. Wir haben dazu Rekordinvestitionen in die Infrastruktur auf den Weg gebracht. Aber vor allem privates Kapital ist der Schlüssel für den digitalen Wandel und die Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft. Mit dem Zukunftsförderungsgesetz haben wir Vorschläge vorgelegt, um Bürokratieabbau und Digitalisierung am Kapitalmarkt voranzutreiben. Zugleich hat die Bundesregierung auf Initiative der FDP einen Belastungsstopp für Unternehmen vereinbart.

Ein moderner Forschungsstandort Deutschland ist für Innovation und Fortschritt unverzichtbar. Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger hat daher gemeinsam mit den Wissenschaftsministern der Länder ein Milliardenpaket auf den Weg gebracht, das Studium, Lehre und Forschung stärkt.

Zur Modernisierung unseres Landes gehört für uns auch ein generationengerechtes Rentensystem. Daher haben wir den Nachholfaktor bei der Rente wieder eingeführt. Renten und Löhne entwickeln sich so auch in der Krise im Gleichklang – das ist nur fair. So entlasten wir die jüngeren Generationen in Milliardenhöhe und stabilisieren den Rentenbeitragsatz. Unser nächstes Projekt ist die Einführung der Aktienrente.

AUFSTIEGSPRECHEN MIT LEBEN FÜLLEN, CHANCEN ERÖFFNEN

Auch in Zeiten der Krise wollen wir das Aufstiegsversprechen einlösen. Durch die BAföG-Reform haben viele Studierende ab dem Wintersemester spürbar mehr Geld in der Tasche. Das BAföG wird moderner, attraktiver und flexibler. Mit der Exzellenzinitiative Berufliche Bildung stärken wir die duale Ausbildung als Sprungbrett in ein erfolgreiches Berufsleben. Mit dem Bürgergeld sorgen wir für mehr Leistungsgerechtigkeit durch höhere Hinzuverdienstgrenzen, erhalten dabei zugleich das bewährte Prinzip „Fördern und Fordern“ und setzen echte Anreize für Weiterbildung und Qualifikation. Für mehr Fairness sorgen wir auch mit der Anhebung der Minijobgrenze – in einem ersten Schritt von 450 Euro auf 520 Euro.

BÜRGERRECHTE SICHERN, SELBSTBESTIMMUNG ERMÖGLICHEN

Gerade im digitalen Zeitalter ist der Schutz der Bürgerrechte von zentraler Bedeutung. Daher lehnen wir die anlasslose Speicherung von Internetdaten aller Bürgerin-

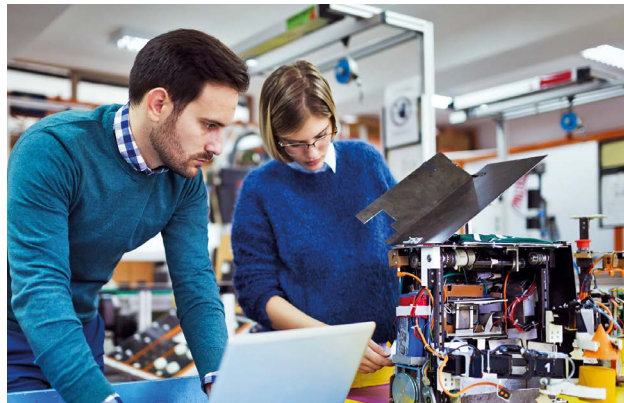


Foto: iStock/nad3000

→ Mehr Förderung für exzellente Forschung

nen und Bürger ab. Justizminister Dr. Marco Buschmann hat stattdessen einen Vorschlag für das grundrechtsschonende „Quick-Freeze-Verfahren“ gemacht, bei dem Daten bei Verdacht auf eine Straftat anlassbezogen und auf richterliche Anordnung für eine bestimmte Zeit „eingefroren“ werden können. Auch bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie haben wir ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen dem Schutz der Gesundheit und der Grundrechte sichergestellt. Mit der Streichung des Paragraphen 219a StGB (Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche) haben wir außerdem ein zentrales gesellschaftspolitisches Modernisierungsprojekt auf den Weg gebracht. Im Sinne der Generationengerechtigkeit senken wir zudem das Wahlalter für Europawahlen auf 16, um jungen Menschen eine Stimme zu geben.

Auch in den nächsten Jahren werden wir Freie Demokraten als Stimme der Mitte in der Bundesregierung Verantwortung übernehmen – und uns für Freiheit und Fortschritt stark machen. ■

i Wir Freie Demokraten haben in schwierigen Zeiten Verantwortung übernommen. In der Regierungskoalition sind wir die verantwortungsvolle Stimme der Mitte. Gleichzeitig ist es Aufgabe und Anspruch der FDP in der Bundesregierung, Deutschland endlich moderner, stärker und freier zu machen. Mehr über unsere Erfolge und Initiativen erfahren Sie unter: fdp.de/erfolge und fdp.de/wohlstand-erhalten.



EIN TICKET FÜR ALLE ATTRAKTIV, DIGITAL, EINFACH: DAS DEUTSCHLANDTICKET KOMMT!

Noch nie war es für die Menschen in Deutschland so einfach, Bus und Bahn zu nutzen. Mit dem Deutschlandticket wird ein attraktives und flexibles Angebot für alle geschaffen. Zugleich leistet es einen deutlichen Beitrag zum Klimaschutz.



Dr. Volker Wissing
FDP-Präsidiumsmitglied & Bundesminister für Digitales und Verkehr

Das Deutschlandticket ist die größte Tarifreform im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) des Landes. Anfang November haben Bund und Länder auf meine Initiative hin beschlossen, schnellstmöglich ein digitales, deutschlandweit gültiges Ticket für den ÖPNV einzuführen. Für 49 Euro im Monat können die Menschen künftig die Nahverkehrsangebote im ganzen Bundesgebiet nutzen. Für mich zählt dabei: Einfach ist besser. Deshalb wird das Deutschlandticket digital als monatlich kündbares Abo angeboten. Damit sorgen wir für Flexibilität. Egal, wo man sich in Deutschland befindet, man kann einfach in Bus oder Bahn steigen – ohne über Waben, Zonen oder sonstige Tarifstrukturen nachdenken zu müssen.

Dass dieses Angebot von den Menschen angenommen wird, haben wir beim 9-Euro-Ticket gesehen: Von Juni bis August diesen Jahres wurde das 9-Euro-Ticket rund 52 Millionen Mal verkauft. Damit haben wir eine Begeisterung für den ÖPNV ausgelöst, wie sie in Deutschland wahrscheinlich noch nie vorhanden war. Die unkomplizierte

Nutzung war ein wesentlicher Erfolgsfaktor. Das Deutschlandticket soll diese Erfolgsgeschichte fort-schreiben und moderne Mobilität in Deutschland gestalten. Außerdem schaffen wir so den Einstieg in die Digitalisierung des ÖPNV. Wenn alle Tickets digital genutzt werden, also entweder auf dem Smartphone oder per Chipkarte, wird es perspektivisch möglich sein, in Echtzeit bundesweit Erkenntnisse darüber zu gewinnen, wann wie viele Menschen auf welchen Strecken unterwegs sind. So können wir passgenaue Angebote für jede Region entwickeln und öffentliche Verkehrsmittel noch einmal deutlich attraktiver machen.

Um den individuellen Mobilitätsbedürfnissen der Menschen das bestmögliche Angebot gegenüberzustellen, benötigen wir auch ein ansprechendes Verkehrsangebot für Bus und Bahn. Zugleich sichert der Ticketpreis, dass die Qualität des ÖPNV hochgehalten und das Angebot weiter ausgebaut werden kann. Deshalb streben wir im ÖPNV gemeinsam mit den Ländern zugleich eine Qualitätsoffensive an. Es braucht viele Verbesserungen und

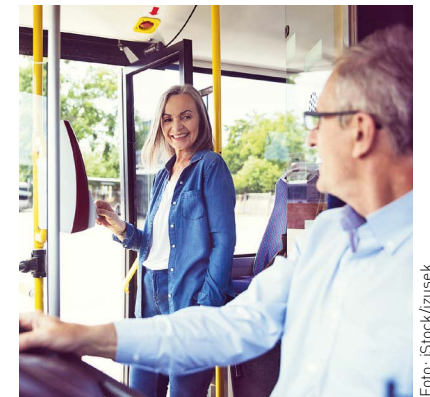


Foto: iStock/izusek

Anpassungen im Infrastrukturbereich.

Mit dem Deutschlandticket denken wir Mobilität neu und leisten einen entscheidenden Beitrag zur Klimaneutralität, ohne etwas zu verbieten. Wir sind überzeugt: Klimaneutrale Mobilität erreichen wir nur, indem wir den Menschen Angebote machen, die ansprechend sind und nachhaltig überzeugen. Es ist wichtig, dass wir die Verkehrsmittel nicht gegeneinander ausspielen, sondern sie optimal aufeinander abstimmen. Mobil zu sein bedeutet, gesellschaftlich teilhaben und sich selbst entfalten zu können. So gestalten wir die Zukunft und ermöglichen der Gesellschaft Flexibilität. ■

WIR LEITEN DIE STANDORT-POLITISCHE ZEITENWENDE EIN

Unser Land steht vor einer gewaltigen Aufgabe: Der russische Angriffskrieg samt seinen Folgen, der digitale Wandel und die Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft erfordern Investitionen in nahezu beispiellosem Umfang. Sie erfordern die Erneuerung des Geschäftsmodells Deutschlands. Nur so können wir unseren Wohlstand unter den dramatisch veränderten Bedingungen sichern.



Christian Lindner
FDP-Bundesvorsitzender &
Bundesminister der Finanzen



Dr. Marco Buschmann
FDP-Präsidiumsmitglied &
Bundesminister der Justiz

Dazu gehört neben der Diversifizierung unserer Energiequellen und Rekordinvestitionen in die öffentliche Infrastruktur und den Klimaschutz auch, Deutschland zu einem der führenden Standorte in Europa für Start-ups und Wachstumsunternehmen zu machen. Denn neue und frische Ideen aus Start-ups wirken weit über das eigene Unternehmen hinaus: durch neue Arbeitsplätze, konkrete Problemlösungen, neue Produkte und Dienstleistungen.

Um den Standort Deutschland zu stärken, muss es uns gelingen, in großem Umfang privates Kapital zu mobilisieren. Denn: Fast 90 Prozent aller Investitionen werden vom privaten Sektor erbracht – das vergessen viele. Zugleich stellen Rückstände bei Digitalisierung und Internationalisierung sowie eine überbordende Bürokratie große Hürden für nationale sowie internationale Investoren und Unternehmen dar.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, erarbeitet das Bundesfinanzministerium gemeinsam mit dem Bundesjustizministerium ein Zukunftsfinanzierungsgesetz für Deutschland. Dabei verfolgen wir einen umfassenden Ansatz. Neben finanzmarktrechtlichen Anpassungen und der Fortentwicklung des Gesellschaftsrechts wollen wir auch die steuerrechtlichen Rahmenbedingungen verbessern. So werden wir den Zugang zum Kapitalmarkt verbessern und die Aufnahme von Eigenkapital erleichtern. Anhand von fünf Punkten lassen sich wesentliche Maßnahmen unseres Gesetzesvorhabens zusammenfassen:

1 Wir stärken die Aktienkultur im Land
Wir wollen Aktien zum Jedermann-Produkt machen. Vermögensaufbau und Altersvorsorge mit Aktien sind schon mit geringen monatlichen Beträgen möglich und deshalb gerade auch für kleine und mittlere Einkommen sehr attraktiv zum Vermögensaufbau.

Darüber hinaus sehen wir vor, die Rahmenbedingungen für die Aktienanlage zu verbessern, indem wir den gesonderten Verlustverrechnungskreis für Aktienveräußerungsverluste abschaffen.

Von einer hieraus resultierenden höheren Aktienanlage profitieren neben den Anlegern auch unsere Unternehmen, die sich leichter Eigenkapital beschaffen, höhere Investitionen tätigen und Sicherheitspuffer für Krisenzeiten schaffen können.

2 Wir etablieren Deutschland als führenden Gründungsstandort
Neben der nachfrageseitigen Stärkung soll auch das Angebot gestärkt werden. Ziel ist, die Anzahl börsennotierter Unternehmen in Deutschland zu erhöhen. Dabei stellen Erleichterungen bei den Börsenzulassungsanforderungen und den Zulassungsfolgepflichten einen wichtigen Ansatzpunkt für die Erhöhung der Attraktivität des Kapitalmarkts dar. Darüber hinaus prüfen wir auf nationaler Ebene, wie die regulatorischen Anforderungen im Zusammenhang mit dem Kapitalmarktzugang bereits jetzt vereinfacht werden können.

3 Wir erleichtern Unternehmen Zugang zu Eigenkapital

Die Möglichkeit, über den Kapitalmarkt Eigenkapital beschaffen zu können, ist Kernfunktion und wichtiger Anreiz für den Gang von Unternehmen an die Börse. Hierbei wollen wir eine flexiblere Gestaltung ermöglichen, indem wir Mehrstimmrechtsaktien zulassen und es somit Gründerinnen und Gründern ermöglichen, auch nach Börsengang die Kontrolle über das Unternehmen zu behalten. Zugleich gewährleisten wir dabei den Schutz der Investoren. So beseitigen wir ein mögliches Hindernis für den Börsengang und stärken zugleich Investitions- und Innovationsmöglichkeiten.

4 Wir erhöhen die Freibeträge für die Mitarbeiterkapitalbeteiligung

Die Beteiligung von Arbeitnehmern am Kapital eines Unternehmens ermöglicht es Arbeitgebern, ihren Angestellten ein attraktives Angebot zu machen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter könnten ihrerseits ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit vergrößern. Dafür soll der Freibetrag von bisher 1.440 Euro auf 5.000 Euro angehoben werden.

5 Wir schaffen zukunftsfähige Rahmenbedingungen

Modernisierung des Kapitalmarkts heißt auch Digitalisierung des Kapitalmarkts. Wir werden daher die Möglichkeit zur Ausgabe elektronischer Wertpapiere auch auf Aktien ausweiten.

Ebenso braucht ein moderner Kapitalmarkt eine auch technisch zeitgemäße Aufsicht. Daher bauen wir Digitalisierungshemmnisse ab und verbessern weiter die Rahmenbedingungen für eine englischsprachige Kommunikation mit der BaFin. So erhöhen wir die Attraktivität des deutschen Standorts auch für internationale Investoren und Unternehmen.

Mit Blick auf die einleitend beschriebenen Herausforderungen ist entschlossenes Handeln notwendig. Nur so können wir eine Zeitenwende bei der Standortpolitik einleiten. Mit dem Inkrafttreten des Zukunftsfinanzierungsgesetzes noch in der ersten Hälfte der Legislaturperiode gelingt uns hierbei ein weitreichender Schritt. Einen, den es ohne uns Freie Demokraten in der Regierung nicht gegeben hätte. ■

Anzeige

Endlich: die Jugendbewegung für jedes Alter.
Der neue Generationenvertrag für die Pflege.

Wenn Alt und Jung zusammenhalten, haben alle eine sichere Zukunft.
Das gilt besonders für die Pflege. Damit sie bezahlbar bleibt, muss sich dringend etwas ändern. Unser Vorschlag: die Älteren solidarisch unterstützen und den Jüngeren die Spielräume für private Vorsorge schaffen.

PKV
Verband der Privaten Krankenversicherung

www.pkv.de/generationenvertrag

ABWEHRSCHIRM GEGEN PUTINS ENERGIEKRIEG

FÜNF ANTWORTEN AUF DIE ENERGIEKRISE



Christian Dürr
FDP-Präsidiumsmitglied & Vorsitzender der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

Putin führt einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine und einen Energiekrieg gegen Europa. Für die Menschen und Unternehmen in Deutschland folgen daraus gewaltige Herausforderungen. Rasante Preissteigerungen, insbesondere bei den Energiepreisen, sind für viele existenzbedrohend. Deswegen handeln wir entschlossen – mit fünf Antworten auf die Energiekrise.

1 Klar ist, dass wir an die Ursachen heran müssen. Das Energieangebot muss stets so groß wie möglich sein. Dazu gehört der Weiterbetrieb der verfügbaren, sicheren und klimaneutralen Kernkraftwerke, für den sich die Freien Demokraten mit Nachdruck eingesetzt haben. Wir nutzen alle Kapazitäten, die wir haben, um immer weiter steigende Strompreise zu verhindern und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Deswegen verlängern wir die Laufzeit der drei noch am Netz befindlichen Meiler. Zudem haben wir die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, in der Krise auch die Reserve-Kohlekraftwerke wieder ans Netz zu bringen. Das Planungsbeschleunigungsgesetz für die LNG-Terminals an der deutschen Küste hat dafür gesorgt, dass der Anleger in Wilhelmshaven innerhalb von sechs Monaten ans Netz gehen konnte – eine Blaupause für beschleunigte Planungsverfahren. Um unsere Energieversorgung zu sichern, setzen wir uns auch für die Nutzung deutscher Erdgasvorkommen ein. Über die LNG-Terminals bezieht Deutschland bereits Schiefergas aus dem Ausland. Die Frage ist also nicht, ob wir Schiefergas nutzen, sondern woher es kommt.

2 Unsere energiepolitischen Maßnahmen werden wirken und trotzdem müssen wir die Menschen und Unternehmen mit dem Abwehrschirm zusätzlich vor existenzbedrohenden Energiekosten schützen. Das tun wir durch Preisbremsen auf Strom und Gas, die exorbitante Energierechnungen verhindern und Einsparanreize über Preissignale aufrechterhalten. Dafür wird der

Wirtschaftsstabilisierungsfonds mit Kreditermächtigungen im Volumen von bis zu 200 Milliarden Euro ausgestattet. Somit entlasten wir, ohne die Schuldenbremse auszusetzen und ohne die Inflation anzuhetzen.

3 Die finanziellen Mittel für den Abwehrschirm sind an dessen Ziele geknüpft. Indem wir die Schuldenbremse 2023 einhalten, bleibt Deutschland auf einem stabilitätsorientierten Kurs. Parteipolitisch motivierte Ausgabenprogramme, die nichts mit der Krise zu tun haben, verhindern wir dadurch.

4 Zugleich entlasten wir die Menschen spürbar, unabhängig von ihrer Erwerbsform. Zu den wichtigsten Maßnahmen der drei Entlastungspakete gehört unter anderem der Abbau der kalten Progression bei der Einkommensteuer. Faktische Steuererhöhungen durch politisches Unterlassen wird es nicht geben. Außerdem fällt die EEG-Umlage auf den Strom weg, es gilt die volle Steuerfreiheit für Rentenbeiträge und wir unterstützen die Menschen durch die Energiepreispauschale, Einmalzahlungen wie den Kinderbonus und Heizkostenzuschüsse. Zudem haben wir die Midijobgrenze angehoben und auch das Kindergeld steigt von 219 Euro für das erste Kind auf 250 Euro für alle Kinder.

5 Es ist klar, dass sich zusätzliche Belastungen für Unternehmen in dieser Situation verbieten. Deswegen haben wir ein Belastungsmoratorium durchgesetzt, welches dafür sorgt, dass es keine neuen Bürokratielasten geben wird. Stattdessen brauchen wir angebotsorientierte Impulse und die zügige Ratifikation von mehr Freihandelsabkommen wie CETA. ■



FRAKTIONS-NEWS

BÜRGERGELD



Jens Teurine
Sprecher für Bürgergeld der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

„Der Anreiz muss sein, dass Menschen, die mehr arbeiten, auch mehr Geld in der Tasche haben. Deswegen steigt nicht nur der Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer stärker als die Regelsätze sich erhöhen, sondern wir passen auch die Hinzuverdienstregeln in der Grundsicherung an. Es ist ein Schritt hin zu mehr Leistungsgerechtigkeit in unserem Land.“

Mit dem Bürgergeld können nun mehr Menschen Schritt für Schritt aus der Grundsicherung herauswachsen. Aufstieg durch Bildung und persönliches Bemühen müssen sich lohnen: Bisher kann ein Azubi im Hartz-IV-Haushalt von einer Ausbildungsvergütung in Höhe von 800 Euro nur 240 Euro behalten, mit dem Bürgergeld bleiben ihm zukünftig 604 Euro. Das Prinzip „Fördern und Fordern“ stärken wir, indem wir Qualifizierungsmöglichkeiten verbessern und es auch im Bürgergeld weitreichende Sanktionen gibt.

CANNABIS



Kristine Lütke
Sprecherin für Sucht- und Drogenpolitik Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

„Wenn wir den Schwarzmarkt spürbar zurückdrängen wollen, müssen vielfältige Cannabisprodukte legalisiert und der Online-Handel erlaubt werden. Eine THC-Obergrenze lehnen wir ab, sie würde dem Schwarzmarkt weiterhin Tür und Tor öffnen.“

Dass die Legalisierung von Cannabis jetzt auf der Tagesordnung steht und es eine erste Diskussionsgrundlage aus dem Gesundheitsministerium gibt, ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Jetzt geht es darum, den restriktiven Entwurf zu entschärfen. Denn das Ziel der Cannabislegalisierung ist der sichere und legale Konsum.

CETA



Carl-Julius Cronenberg
Sprecher für Mittelstand und Freihandel der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

„Mit der erweiterten Handelsagenda setzt die Ampelkoalition ein klares Zeichen für höhere Resilienz durch mehr Handel. In Zeiten gestörter Lieferketten und zunehmender systemischer Rivalität stärken wir die Wirtschaftsbeziehungen zu unseren Partnern rund um den Globus. Es geht um besseren Zugang zu Rohstoff- und Absatzmärkten sowie bessere Standards im globalen Süden. Mehr Handel ist das geopolitische Gebot der Stunde.“

Die Stärke Deutschlands und Europas in der Welt beruht auf freiem Handel, Kooperation und Fortschritt. Insbesondere mit den USA, als engstem Bündnispartner, sollte Deutschland künftig auch in wirtschaftlichen Fragen deutlich enger zusammenarbeiten. Zudem wird Deutschland die bereits ausverhandelten Abkommen mit Kanada, Mexiko und Chile schnell ratifizieren. Nach jahrelangem Stillstand erweist sich die Ampel damit als echte Fortschrittskoalition.

QUICK FREEZE



Katrin Helling-Plahr
Rechtspolitische Sprecherin Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

„Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs zur Vorratsdatenspeicherung stärkt die Bürgerrechte. Der Zweck heiligt nicht die Mittel.“

Seit Jahren setzen sich die Freien Demokraten für Methoden zur Bekämpfung von Cyberkriminalität ein, welche die Grundrechte schonen. Nachdem der EuGH unseren Vorschlag der Quick-Freeze-Methode für europarechtskonform erachtet, hat der Justizminister ihn nun auf den Weg gebracht. Dabei sollen lediglich anlassbezogen und auf richterliche Anordnung Daten gespeichert werden können.

DEUTSCHLANDS ARBEITSMARKT FIT FÜR DIE ZUKUNFT MACHEN

Der akute Fachkräftemangel und der demografische Wandel verlangen entschlossene Reformen, um einen drohenden Zusammenbruch zu verhindern.



Karl-Heinz Paqué
Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit & Professor für Internationale Wirtschaft
an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

Kein Zweifel: Deutschland steht vor gewaltigen Herausforderungen. Der Staat soll die Landesverteidigung massiv verbessern, die Infrastruktur rundum erneuern, die Digitalisierung konsequent vorantreiben, die Schulen besser ausstatten. Die Energieversorgung soll sich radikal verändern: von Gas, Kohle und Öl zu Sonne, Wind und Biomasse. Die Industrie soll sich ökologisch transformieren: vom Verbrennungs- zum Elektromotor und von fossilen zu synthetischen Kraftstoffen, vom abfallträchtigen Plastik zu abbaubaren Naturstoffen, von der Einweg- zur Kreislaufökonomie. Der öffentliche Nah- und Fernverkehr soll endlich attraktiv werden durch einen Ausbau von Schienennetz und Servicedichte. Und natürlich soll die Gesundheitsversorgung erhalten bleiben, und zwar nicht nur in den dicht bevölkerten Ballungszentren, sondern auch in den entlegenen Räumen des Landes.

Das verlangt ein riesiges Programm der Modernisierung. Es ist das Ergebnis von fast zwei Jahrzehnten, den „Merkel-Jahren“, in denen Deutschland von der Substanz

lebte – und dies lange noch recht gut. Jetzt aber kommt die Quittung. Seit der frühen Nachkriegszeit vor rund 70 Jahren ist der aufgestaute Gestaltungs- und Reformbedarf für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft niemals größer gewesen. Die zentrale Frage dabei lautet: Wer soll dies alles leisten? Alle reden derzeit von der Knappheit von Gas – und in der Tat ist die Versorgung mit Energie durch Putins Krieg gegen die Ukraine zum überragenden aktuellen Problem geworden. Aber auf mittlere und längere Sicht gibt es einen viel grundlegenden Engpass: Es fehlt an Arbeitskräften.

DAMOKLESSCHWERT DER DEMOGRAFIE

Wer mit offenen Augen durch die Straßen geht, kann dies heute schon erkennen. Überall werden Arbeitsplätze annonciert: Auf Lastwagen liest man „Fahrer gesucht“, Gaststätten werben um Hilfskräfte, Handwerksbetriebe um Azubis, Krankenhäuser und Altenheime um Pflegekräfte, Kindertagesstätten um Kinderbetreuerinnen und Kinderbe-

treuer. Ganz zu schweigen von der händeringend Suchen der Industrie nach technischem Fachpersonal, das überhaupt erst in der Lage ist, die Digitalisierung in die Praxis umzusetzen. Beunruhigend ist auch der Lehrermangel in den Schulen, der immer mehr zum Normalzustand wird. Nicht nur im ländlichen Raum, sondern auch in den Städten.

Tatsächlich gibt es in Deutschland nach jüngsten Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) etwa 2 Millionen offene Stellen – bei rund 45 Millionen Erwerbstätigen. Erstmals seit Jahrzehnten hat damit die Zahl der offenen Stellen in etwa die der Arbeitslosen erreicht. Und sie wird diese bald weit übertreffen, denn die deutsche Gesellschaft wird in den kommenden Jahren Schritt für Schritt schrumpfen, was die Zahl der Erwerbspersonen betrifft. Die große Kohorte der Generation der Baby-Boomer – geboren zwischen 1955 und 1970 – scheidet aus dem Arbeitsmarkt aus. Sie wird durch die viel kleinere Generation derjenigen ersetzt, die nach der Jahrtausendwende zur Welt kamen.



Foto: iStock/Drazen, iStock/PIKSEL, iStock/Denis Stankovic



→ Fachpersonal wird in vielen Branchen händeringend gesucht

Die Schrumpfung bewegt sich in der Dimension von etwa fünf bis zehn Millionen Menschen bis 2040 – je nachdem, welche mehr oder weniger realistischen Annahmen man über die Veränderung der Zuwanderung und der Erwerbsbeteiligung macht. Damit geht eine beträchtliche Alterung der verbleibenden Erwerbspersonen einher.

WIR BRAUCHEN EINEN AGILEN ARBEITSMARKT

Was ist heute zu tun, um diesen Gefahren entgegenzuwirken? In der Theorie ist die Antwort einfach: Politik und Wirtschaft müssen alles tun, um die zunehmende Knappheit an Arbeitskräften dynamisch abzufedern. Es braucht eben einen agilen Arbeitsmarkt, der trotz der neuen Knappheiten die Elastizität der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung aufrechterhält. Dabei können zwei Umstände hilfreich sein: Zum einen wird sich der Prozess der weiteren Verknappung über zwei Jahrzehnte hinziehen, ist also relativ gut vorhersehbar. Es gibt daher die Möglichkeit sich darauf einzustellen.

Zum anderen wird es einen ganz natürlichen, marktgetriebenen Trend zu steigenden Reallöhnen und besseren Arbeitsbedingungen geben, bedingt durch den Anreiz für die Wirtschaft, die hoch begehrten Arbeitskräfte zu umwerben, und zwar selbst jene, die keine besonders gute Qualifikation mitbringen. Motivation und Mobilisierung könnten dabei ihre Wirkung entfalten: durch Einsatz neuer digitaler Technologien, Angebote der Weiterbildung und Modernisierung des Arbeitsumfelds.

DIE ARBEITNEHMER SIND IM VORTEIL

Für die Erwerbstätigen selbst birgt dies riesige Chancen: Sie werden am Markt so begehrt sein, dass sich ganz anders als in den zurückliegenden Jahrzehnten, ihre Verhandlungsposition maßgeblich verbessert. Das langjährige Übergewicht von Kapital- gegenüber Arbeitnehmerinteressen wird sich umdrehen: Arbeitnehmer, aber auch Gewerkschaften werden ihre Vorstellungen von einer neuen Work-Life-Balance durchsetzen können. Dies allerdings

wohl stärker in Richtung „Work“ als „Life“, weil die Arbeitgeber ihre Angebote so gestalten werden, dass für die Arbeitnehmer ein großer Anreiz zur Mehrarbeit besteht.

Für Staat und Wirtschaft wird die Lage natürlich schwieriger. Dort ist ein komplett neues Mindset nötig. Vorbei ist die Zeit eines überheblichen Selbstbewusstseins der Auftraggeber, in der für jedes Projekt die benötigten Arbeitskräfte in ausreichender Zahl und Qualität mehr oder weniger automatisch bereitstanden. Es bedarf deshalb überall einer klugen Planung und Priorisierung. Dies trifft vor allem den öffentlichen Bereich, der schon heute mit gesellschaftlich bedeutsamen Aufgaben überfrachtet ist. Politisch gilt es fortan, nicht nur vollmundig ambitionierte Ziele und Termine der Transformation auszurufen, sondern eben auch den Weg dahin realistisch aufzuzeichnen, mit Blick auf die Motivation und Mobilisierung der Menschen, die zum Einsatz kommen. ■

ALLES ODER NICHTS WIRD DER TRAUM VON EINEM FREIEN IRAN WIRKLICHKEIT?

Der Iran erlebt derzeit einen revolutionären Prozess. Daraus könnte sich ein historisches Momentum für den gesamten Nahen und Mittleren Osten ergeben. Deutschland und Europa indes hinken der Entwicklung hinterher.



Bijan Djir-Sarai
FDP-Generalsekretär

Es waren die Frauen im Land, die zuerst auf die Straße gegangen sind und eine Bewegung ausgelöst haben. Die Frauen stehen an der Spitze der Bewegung, doch sie sind nicht alleine. Frauen und Männer jeden Alters und aus allen Bevölkerungsschichten protestieren gemeinsam, um das kriminelle, korrupte, antisemitische, homophobe, frauen- und menschenfeindliche Mullah-Regime zu stürzen. Möglich, dass wir bald die Rückabwicklung der sogenannten Islamischen Republik Iran erleben. Leider reagiert die EU auf die neue Entwicklung in der Region weiterhin zu zögerlich. Gerade jetzt wäre es nötig, zügig und entschlossen eine neue Iran-Strategie zu entwickeln. Denn wenn wir es mit der Solidarität wirklich ernst meinen, hilft nur eine außenpolitische Wende, bevor das Regime einen blutigen Rachezug beginnt. Vier wichtige Kernelemente sollte ein Strategiewechsel enthalten:

- 1 Das zuletzt auf EU-Ebene verabschiedete Sanktionspaket geht in eine richtige Richtung. Es geht dabei um Einreiseverbote und das Einfrieren von Vermögenswerten innerhalb der EU. Doch weitere Maßnahmen sind dringend notwendig. Dazu gehören vor allem Sanktionen direkt gegen führende Vertreter des Regimes und gegen iranische Parlamentsabgeordnete.
- 2 Die „Armee der Wächter der Islamischen Revolution“, kurz Revolutionsgarde, muss als Terrororganisation eingestuft werden. Deutschland sollte hier eine Vorreiterrolle einnehmen und auf EU-Ebene um Unterstützung werben. Die Revolutionsgarde ist elitärer Teil des iranischen Regimes und zugleich wichtigster wirt-

schaftlicher Drahtzieher des Landes. Sie ist zudem eng mit der islamistischen Terrororganisation Hisbollah im Libanon verbunden.

- 3 Die Verhandlungen über das Atomabkommen mit dem Iran müssen jetzt auch offiziell ausgesetzt werden. Die Vereinigten Staaten haben dies jüngst vorgebracht. Es ist widersinnig, daran festzuhalten, da mit dem Abkommen auch der Abbau von Sanktionen verbunden wäre. Am Umgang mit dem Abkommen bemisst sich, was die Solidarität Deutschlands und der EU wert sind. Die Menschen im Iran wollen dieses Regime überwinden. Es hat bereits jegliche Legitimation verloren. Infolgedessen können wir keine Verhandlungen führen, die das Regime wieder stärken würden.

- 4 Ob Irak, Syrien, Libanon oder Jemen – der Iran erschüttert den Nahen und Mittleren Osten geopolitisch und ist verantwortlich für Destabilisierung und eklatante Menschenrechtsverletzungen. Zudem unterstützt die iranische Führung Russland im völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine mit Drohnen und verfolgt darüber hinaus das Ziel, Israel von der Landkarte zu tilgen.

Diese vier genannten Schritte sollten wir gehen, um die todesmutigen Frauen und Männer im Iran wirklich zu unterstützen. Das wäre tatsächlich Ausdruck einer wertebasierten Außenpolitik. Auch wenn der Sturz der Mullahs erst in Monaten oder Jahren erreicht werden sollte: Dem Regime wird es nicht mehr gelingen, den Freiheitswillen der Bevölkerung zu ersticken. ■

WÄHLEN WIR NEU

Mit der Entscheidung, die Abgeordnetenhauswahl zu wiederholen, setzt der Verfassungsgerichtshof Berlin der Dysfunktionalität der Berliner Verwaltung ein Denkmal. Offensichtliche Missstände wurden viel zu lange ignoriert. Die chaotischen Zustände gipfeln nun in einer Wahlwiederholung.



Sebastian Czaja
Vorsitzender der FDP-Fraktion
im Abgeordnetenhaus von Berlin
& Spitzenkandidat

Die anstehenden Neuwahlen sind für die SPD das, was der Bankenskandal der 2000er-Jahre für die CDU war. Die Grünen versuchen seit Jahren aus den Senatsesseln heraus die ganze Stadt zu Friedrichshain-Kreuzberg zu machen. Die Linken haben erst gespart, bis es quietscht und meinen, jetzt wäre eine massive Verschuldung in Ordnung, um ideologische Wunschprojekte zu finanzieren.

In Berlin müssen Selbstverständlichkeiten endlich wieder selbstverständlich werden. Das beginnt schon bei der Ausstellung einer Geburtsurkunde. Ein spröder bürokratischer Akt, schnell, sollte man meinen. Aber in der Bundeshauptstadt schafft man es wirklich, dass dem Säugling schon die ersten Zähne wachsen, bis es dem Amt gelingt, eine Geburtsurkunde auszustellen. Bei einem Kleinkind mögen Wachstumsschmerzen normal sein, bei einer Verwaltung führen sie zur Selbstblockade und die führt am Ende zum Stillstand.

Wir wollen das Aufstiegsversprechen erneuern. Dabei muss der Lebensweg jedes Einzelnen von der

Geburt bis zum Ende mitgedacht werden: ausreichend Kitaplätze; ein Bildungssystem, das aus eigenen Fehlern lernt; gut bezahlte Ausbildungsplätze; weltbeste Universitäten; Weiterkommen durch Weiterbildung; exzellente Volkshochschulkurse, die das Wissen von Rentnerinnen und Rentnern besser nutzen.

Dafür braucht es eine Regierung, die einen verlässlichen Plan hat. Wie verlässlich ist aber ein Senat, dessen Maßnahmen ständig von Gerichten kassiert werden? Mietendeckel, Vorkaufsrecht, Friedrichstraße, Carsharing – um nur mal ein paar Stichwörter zu nennen. Politik muss verlässlich sein! Aber das Einzige, worauf man sich bei diesem Senat verlassen kann, ist der andauernde Rechtsbruch.

Wir Freie Demokraten haben das Chaos nicht angerichtet, aber wir sind hier, um es aufzuräumen. In einem Berliner Senat mit FDP-Beteiligung wäre jedes Problem in dieser Stadt auch das Problem der FDP. Denn während unsere Mitbewerber nur „Dafür bin ich nicht zuständig!“ postulieren, wollen wir Verantwor-



tung übernehmen. Das unterscheidet uns.

Wir sind hier, um unsere Stadt zukunftssicher zu machen. Wir sind hier, um die Kontrolle über unsere Verwaltungsstrukturen wieder zurückzuerlangen. Wir sind hier, um zukunftssichere Jobs zu schaffen. Wir sind hier, um ein Bildungssystem zu ermöglichen, das aus eigenen Fehlern lernt. Wir sind hier, um eine Verkehrspolitik zu machen, auf die sich jeder Einzelne verlassen kann. Wir sind hier, um Verantwortung zu übernehmen.

Für Neuwahlen im Februar 2023 ist jetzt schon festzustellen: Noch nie hat Scheitern so viele Chancen eröffnet. ■

WAHLKAMPF IST WIE EIN ESPRESSO

Im Herbst 2023 wählt Hessen einen neuen Landtag. Wir haben mit der Landesvorsitzenden Bettina Stark-Watzinger und dem Spitzenkandidaten Dr. Stefan Naas über die wichtigen Themen für den Wahlkampf gesprochen.



und SPD, die sich um den Posten des Ministerpräsidenten bzw. der Ministerpräsidentin streiten. Für uns Freie Demokraten heißt das: Wir müssen umso stärker deutlich machen, worum es inhaltlich geht. Wichtiger als die Frage, wer auf dem Chefsessel in

Frau Stark-Watzinger, im Herbst nächsten Jahres wählt Hessen einen neuen Landtag. Der Vorstand der FDP Hessen hat Dr. Stefan Naas einstimmig als Spitzenkandidaten vorgeschlagen. Was sind die nächsten Schritte?

BSW: Wir freuen uns auf den Wahlkampf. Denn wir wollen gestalten. Anfang Dezember fanden Parteitag und Landesvertreterversammlung statt. Es wurde die Landesliste aufgestellt und wir werden mit einem motivierten Team in den Wahlkampf gehen. Der Programmprozess läuft ebenfalls. Voraussichtlich im Mai 2023 wollen wir das Wahlprogramm beschließen..

Herr Dr. Naas, wo sehen Sie die größten Herausforderungen im Wahlkampf?

SN: Der öffentliche Fokus wird sehr stark auf den Spitzenkandidaten liegen – vor allem bei CDU, Grünen

der Staatskanzlei sitzt, ist nämlich, dass wir Hessen aus dem Mittelmaß herausholen, das in zwei Wahlperioden Schwarz-Grün eingetreten ist, und dass wir Wirtschaft und Infrastruktur wieder den Stellenwert geben, den sie verdienen.

Und darüber hinaus – welche Themen werden die Landtagswahl besonders bestimmen?

SN: Inflation und Energiekrise werden sich auch im Wahlkampf 2023 niederschlagen. Hier ist es an uns Freien Demokraten aufzuzeigen, dass wir sowohl finanz- als auch energiepolitisch kluge Konzepte haben. Zu einer seriösen Finanzpolitik gehört auch, die Schuldenbremse einzuhalten. Verfassungswidrige Haushalte haben wir Freie Demokraten bereits in der Vergangenheit erfolgreich beklagt.

BSW: Von der schwarz-grünen hessischen Landesregierung zu verant-

wortende Defizite zeigen, wie wichtig auch die liberalen Kernthemen Digitalisierung und Bildung sind. Auch diese werden eine starke Rolle in unserem Wahlkampf spielen.

Was macht Ihnen am Wahlkampf am meisten Spaß?

SN: Wahlkampf ist wie ein Espresso: Politik stark konzentriert und belebend für den Diskurs. Bereits als Bürgermeister habe ich das tagtäglich erleben dürfen und ich freue mich trotz Termindichte darauf, durchs Land zu reisen und für die Ideen der Freien Demokraten zu werben.

BSW: Es macht große Freude, im Wahlkampf mit den unterschiedlichsten Menschen ins Gespräch zu kommen und noch stärker als in „normalen“ Zeiten zu hören, was die Bürgerinnen und Bürger umtreibt. Das ist Motivation pur.

Bitte vervollständigen Sie: Für einen erfolgreichen Wahlkampf braucht es ... ?

BSW: ... ein starkes Team an Unterstützerinnen und Unterstützern ...
SN: ... sowie Durchhaltevermögen, Überzeugungskraft und ab und zu einen starken Espresso.

Lesen Sie das vollständige Interview auf fdp.de/espresso ■

BASISANTRÄGE ZUM 74. ORD. BUNDESPARTEITAG

250 Mitglieder können gemeinsam Anträge stellen und Personalvorschläge für Wahlen machen.

VORAUSSETZUNGEN:

- Antrag/Wahlvorschlag formulieren.
- Unterstützungsunterschriften von mindestens 250 Mitgliedern sammeln.
- Vertreter benennen, der den Antrag einreicht und auf dem Bundesparteitag vertritt.

FRISTEN:

- Für Satzungsänderungsanträge: Mittwoch, 25. Januar 2023, 24:00 Uhr
- Für Änderungsanträge zu den Satzungsänderungsanträgen: Montag, 6. März 2023, 24:00 Uhr.
- Für sonstige Anträge: Mittwoch, 22. März 2023, 24:00 Uhr.

Einzureichen unter: parteitag@fdp.de

Nach Ende der Antragsfristen werden die Anträge jeweils im digitalen Antrags- und Versammlungssystem des Parteitags veröffentlicht.



Wir laden Deutschland

Willkommen im EnBW HyperNetz.

enbw.com/WirLadenDeutschland



VIELFALT IST BEI UNS PROGRAMM

Wir Freie Demokraten fördern Toleranz und Akzeptanz für unterschiedliche Lebenswelten. Deshalb schließen sich unsere Mitglieder zu Verbänden zusammen, in denen sich Menschen mit ähnlichen Erfahrungen austauschen können. Hier stellen wir eine Auswahl vor.



Fabian Scheffczyk

Bundesvorsitzender Vereinigung Liberaler Juristen



Im Jahr 2021 fand sich auf Initiative von Konstantin Kuhle, Stephan Thomae und Stefan Birkner ein junges Team zusammen, das die Vorstandsarbeit übernahm und die lange Tradition der Vereinigung fortführt.

Die VLJ will der Freiheit im Rahmen der Rechtspolitik angemessene Geltung verschaffen. Die Gewährleistung der Grundrechte in all ihren individuellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Dimensionen liegt uns besonders am Herzen. Wir stellen daher konsequent den Einzelnen in den Mittelpunkt und setzen uns dafür ein, dass er seine Freiheit verwirklichen kann. Die Vereinigung ist ein Forum für wissenschaftliche Diskussionen und einen von der Praxis inspirierten Gedankenaustausch unter liberalen Juristinnen und Juristen. Außerdem bieten wir Veranstaltungen zu aktuellen rechtspolitischen Fragen an. Etwa zur Reform der Juristenausbildung oder zur Beschleunigung von Planungsverfahren. Nächstes Jahr wird es ein Mentoring-Programm für Nachwuchsjuristinnen und -juristen geben, um die Vernetzung unserer Mitglieder schon von Beginn ihrer Ausbildung an zu fördern. Der VLJ können alle beitreten, die Jura studieren oder das Studium abgeschlossen haben. In begründeten Ausnahmefällen kann auf diese Voraussetzung verzichtet werden.



Weitere Informationen:

liberalejuristen.de, Instagram und Twitter



Detlef Parr

Vorsitzender Liberaler Senioren



In Stuttgart gründete sich 1990 als erste ihrer Art in der Bundesrepublik die Liberale Senioreninitiative. Es brauchte mehr als ein Jahrzehnt des Aufbaus in den anderen Bundesländern bis 2001 in Erfurt der Bundesverband der Liberalen Senioren (LiS) ins Leben gerufen wurde. Das Ziel: Die Förderung des Selbstbewusstseins der Älteren und ihrem Stellenwert entsprechend verstärkter Einflussnahme auf Entscheidungsprozesse in Politik und Gesellschaft. Sie will den Rahmen für ein selbstbestimmtes Leben in jedem Alter schaffen

Im Gegensatz zu anderen Parteien ist die LiS eine offizielle Vorfeldorganisation der FDP. Die Mitgliedschaft ist für alle Menschen mit liberaler Geisteshaltung offen – unabhängig von einer FDP-Zugehörigkeit. Über 900 Mitglieder bekennen sich zu ihr. Altersgrenzen gibt es nicht, die LiS wehrt sich gegen jede Form von Altersdiskriminierung.

Die LiS gliedern sich in 15 Landesverbände und wirken im FDP-Bundesvorstand (kooptiert), der Bundestagsfraktion und den Bundesfachausschüssen mit. Zudem freuen wir uns über die Unterstützung der Friedrich-Naumann-Stiftung bei Veranstaltungen.



Weitere Informationen:

liberale-senioren.de und Facebook



Michael Kauch

Bundesvorsitzender Liberale Schwulen und Lesben



Liberale Schwule und Lesben

LiSL, die Liberalen Schwulen und Lesben, haben sich 2010 gegründet. Seit 2017 sind wir offizielle Vorfeldorganisation der FDP. Wir sind ein Zusammenschluss liberal denkender Menschen, die sich für die Menschen- und Bürgerrechte von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen (LSBTI) einsetzen. Im Jahr 2023 werden wir daher unseren Namen um Bi, Trans und Queer erweitern. Als Verband für queere Freiheit geben wir Impulse für die politische und parlamentarische Arbeit des organisierten Liberalismus. Mit aktiver Verbandsarbeit bauen wir Brücken zur LSBTI*-Community und ihren Organisationen. Seit 2014 spielt LiSL eine wichtige Rolle bei der Koordination des jährlichen Einsatzes von FDP, JuLis und LiSL bei den Christopher Street Days (CSD). Die CSD-Kampagne ist die größte liberale Kampagne außerhalb von Wahlkämpfen – inzwischen in über 40 Städten in Deutschland. Politisch arbeiten wir an gesellschaftlicher Akzeptanz und rechtlicher Gleichstellung. Unsere Themen reichen vom Diversity Management im Beruf über die Rechte von Müttern und Vätern in Regenbogenfamilien bis zur Bekämpfung von Hassgewalt.

Unser Blick endet nicht an Deutschlands Grenzen. Deshalb treten wir für verfolgte und diskriminierte LSBTI* ein – in Europa und weltweit. In Europa haben wir mit den LGBTI Liberals of Europe einen Dachverband gegründet.

Bei uns können alle liberal denkenden Menschen mitmachen, unabhängig von der sexuellen Orientierung, geschlechtlichen Identität oder Mitgliedschaft in der FDP. „Straight Allies“ sind als Verbündete ausdrücklich herzlich willkommen.



Weitere Informationen:

lisl-deutschland.de, Facebook und Instagram



Julian Barazi

Bundesvorsitzender Liberale Vielfalt



Mit Philipp Rösler war die FDP die erste Partei Deutschlands, deren Vorsitzender einen Migrationshintergrund hatte. So kam die Realität vom Einwandererland über die Fernseher in den Wohnzimmern der gesamten Republik an. Wir sollten die natürliche politische Heimat für Menschen sein, die im Sinne des „German Dream“ ihres Glückes Schmied sein wollen. Gerade mit Blick auf den Hang zur Selbstständigkeit von Migrantinnen und Migranten besteht ein liberales Potenzial, das noch stärker genutzt werden muss.

Zurzeit befindet sich die FDP bei den Abgeordneten mit Migrationshintergrund auf dem vorletzten Platz. Um trotzdem Einblicke in diverse Lebensrealitäten und -geschichten von mehr als 21 Millionen Menschen zu gewährleisten, haben wir uns im Sommer 2020 gegründet, wachsen stetig und sind in etlichen Landesverbänden aktiv. Bewusst kann bei uns, anders als in vielen grün-linken Migrantenorganisationen, jeder liberal Gesinnte mitmachen. Unser Verein richtet sich ebenfalls an die jüdischen und Spätaussiedlergemeinschaften, da auch diese Gruppen Marginalisierungserfahrungen machen. Bislang finden zu wenige dieser Menschen den Weg in die FDP. Das wollen wir ändern.

Besonders für diejenigen, die aus autoritären Staaten und auf der Suche nach freien Gestaltungsmöglichkeiten für ihr Leben ihr ursprüngliches Heimatland verlassen haben, ist der Liberalismus ein politisches Angebot mit hohem Identifikationswert. Sie kamen weder auf der Suche nach einem paternalistischen Kümmererstaat noch auf der Suche nach einer nur temporären Bleibe. Hier wollen wir liefern, in enger Zusammenarbeit mit unserer Partei, indem wir Brücken bauen, Teilhabe erleichtern und eine Plattform bieten.



Weitere Informationen:

liberalevielfalt.de, Facebook, Instagram und LinkedIn

„DIE ZUKUNFT IST WEIBLICH!“

Wir Freie Demokraten sind davon überzeugt, dass Vielfalt eine Chance für uns alle ist. Die Vielfalt der Erfahrungen, Perspektiven und Ideen haben wir im Oktober bei unserem Female Future Forum in Berlin mit vielen Gästen und Expertinnen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft ausgetauscht und diskutiert.



Maren Jasper-Winter
Frauenpolitische Sprecherin der
FDP-Fraktion im Abgeordneten-
haus von Berlin



Bijan Djir-Sarai
FDP-Generalsekretär

Das Female Future Forum ist ein wichtiger Baustein für die Förderung von Frauen innerhalb der Partei. Gemeinsam haben wir, Bijan Djir-Sarai und Maren Jasper-Winter, etwa 200 Frauen zur Veranstaltung begrüßt. Bei der einleitenden Podiumsdiskussion unter dem Motto „Bildung, Chancen, Aufstieg“ sprachen u. a. Ria Schröder, Dr. Sarah Henkelmann und Franziska Drauz über die richtigen Rahmenbedingungen für geschlechterunabhängigen Bildungserfolg, sozialen Aufstieg und die Bedeutung der Digitalisierung in der Bildung. Abends folgten Grußworte von Bettina Stark-Watzinger und Christian Lindner sowie ein Expertinnen-Gespräch „Frauen. Freiheit. Menschenrechte.“ mit der Journalistin und Menschenrechtsaktivistin Düzen Tekkal. Herzstück der Konferenz bildeten fünf Themenforen.

FORUM DIGITALE GEWALT

Hauptthema des Forums war die Rolle von Bildung und Information von Eltern und Lehrern als maßgebliche Faktoren, um digitale Gewalt frühzeitig zu erkennen. Denn neben Erziehung und Information



von Kindern über den Umgang mit Medien sei es entscheidend, dass Erwachsene lernten, an welchen Stellen digitale Gewalt auftreten kann. Neben den großen sozialen Netzwerken sind auch TikTok sowie Gaming-Plattformen Orte, an denen sich Hass im Netz verbreitet. Die Teilnehmerinnen waren sich einig, dass Eltern und Lehrpersonal die Fülle an Plattformen oftmals nicht überblickten. Daher sprachen sie sich für die Einrichtung einer Bundeszentrale für digitale Bildung analog zur Bundeszentrale für politische Bildung aus. Diese solle generationengerechte und zielgruppennahe Angebote zur Aufklärung schaffen. Des Weiteren forderten sie eine Reform rechtlicher Rahmenbedingungen, die die Anonymität im

Netz schützt. Im Tatfall solle jedoch auch die Möglichkeit eingeräumt werden, die Täter unter richterlichem Vorbehalt zu identifizieren.

FORUM AUSSEN UND SICHERHEIT

Im Rahmen des Forums wurden die aktuellen außenpolitischen Herausforderungen in Folge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine sowie die internationale Rolle Chinas thematisiert. Diskutiert wurde zudem der Kampf um Gleichberechtigung der Frauen im Iran. Den Teilnehmerinnen war es wichtig, dass Deutschland und die EU keine neuen Abhängigkeiten von autokratischen Staaten eingehen sollten.



Vielmehr sollten das transatlantische Bündnis sowie Partnerschaften zu Demokratien weltweit gestärkt werden. Durch Handelsabkommen biete sich dabei auch die Chance, politisch mehr Einfluss auszuüben. Zugleich sei die Forderung nach einer Europäischen Armee aktueller denn je.

FORUM GRÜNDUNGSKULTUR



Die Impulse und Diskussionen im Forum haben aufgezeigt, mit welchen Problemen Gründerinnen und Gründer zu kämpfen haben. Es wurde festgestellt, dass der Grundstein für eine offene Gründungskultur bereits im Schulalter gelegt werden müsse. Den Schülerinnen und Schülern müsse gezeigt werden, dass es neben der klassischen Anstellung auch den Weg der Unternehmensgründung gibt. Als ein weiteres Problem wurde die überbordende Bürokratie identifiziert. Die Teilnehmenden schilderten eigene Erfahrungen und veranschaulichten die Herausforderungen, die in Zukunft von der Politik minimiert werden müssten. Die Expertinnen und Teilnehmerinnen waren sich einig, dass sich Gründerinnen gegenseitig unterstützen und austauschen müssten.

FORUM GESUNDHEIT

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Forums versprechen sich viel von Digitalisierung im Gesundheitswesen. Die Expertinnen sowie das Plenum diskutierten primär über drei Aspekte, die einander bedingen: die Digitalisierung im Gesundheitswesen, die Bekämpfung des Personalmangels in Gesundheits- und Pflegeberufen sowie die Reform der Krankenkassen. Die Beschäftigten im Gesundheitssektor könnten durch den Abbau von Bürokratie oder von simplen Aufgaben entlastet werden. Allgemein begrüßt wurde die Unterstützung der Freien Demokraten für die Nicht-Finanzierung von Homöopathie durch die gesetzlichen Krankenkassen. Positiv fiel die Reaktion im Publikum auf Vorschläge für verbesserte Ausbildung und für ein Pflegestudium aus. Dadurch könn-



ten die Karrierechancen erhöht und Anreize gesetzt werden, einen Beruf im Gesundheitsbereich aufzunehmen.

FORUM FINANZEN

Die Impulse im Forum haben gezeigt, dass gerade Frauen ihre Finanzen stärker in die eigenen

Hände nehmen sollten. Denn sie übernehmen in der Regel mehr unbezahlte Fürsorgearbeit und verdienen und investieren häufig weniger als Männer. Entsprechend haben Frauen oft eine geringere finanzielle Absicherung im Alter. Um dem entgegenzuwirken, braucht es Veränderung auf unterschiedlichen Ebenen. Finanzielle Bildung müsse bereits in der Schule fest verankert und als lebenslanges Lernen begriffen wer-



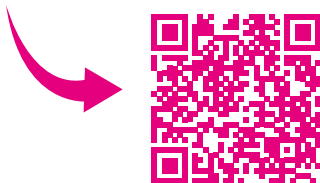
den. Zudem wurde thematisiert, dass sich das Kommunikationsverhalten und die Herangehensweise von Frauen und Männern bei Finanzberatungsterminen und Investmententscheidungen deutlich unterscheiden. Ebenfalls diskutiert wurde die Rollenverteilung und Verantwortung beider Partner in der Erwerbs- und Sorgearbeit. Um die Erwerbstätigkeit beider Partner zu fördern, müsse die Politik bessere Rahmenbedingungen schaffen, etwa durch mehr und flexiblere Kinderbetreuungsangebote oder den Abbau von Fehlanreizen im Steuersystem. ■



WIR FRAGEN NICHT, WO DU HERKOMMST. SONDERN WO DU HINWILLST.

Mit dem Bürgergeld erneuern wir das Aufstiegsversprechen in Deutschland. Denn das Grundsicherungssystem wird unbürokratischer, fairer und leistungsgerechter. Wir verbessern die Hinzuverdienstregeln für Erwachsene und Jugendliche, damit es sich endlich lohnt, eine Beschäftigung aufzunehmen. Auch die Einkünfte aus Minijobs von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Bedarfsgemeinschaften werden künftig gar nicht mehr angerechnet.

Alle Details zum Bürgergeld und unserer parlamentarischen Arbeit.



Mehr zu unserer Parlamentarischen Arbeit finden Sie auf:

